

BESCHLUSS

aus der 16. Sitzung
des Bildungsausschusses
am Dienstag, 19.09.2023

Öffentliche Sitzung

Zu TOP 4.

Sachstandsbericht Fortschreibung Schulentwicklungsplan
(aktueller Stand der 9. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für die allgemeinbildenden Schulen)

Erster Kreisbeigeordneter Esch informiert einfürend, dass aktuell der Schulentwicklungsplan (SEP) für die allgemeinbildenden Schulen fortgeschrieben werde und dass man dabei im Zeitplan etwas hintenan sei. Der verzögerte Zeitplan sei allerdings kein Eigenverschulden, sondern sei Corona bedingt außerhalb des turnusmäßigen Bereichs. Man halte es daher für richtig den Bildungsausschuss über den aktuellen Stand zu informieren und gibt das Wort an Frau Funk über.

Frau Funk teilt mit, dass der letzte Sachstandsbericht, mit dem Sachstand der Zielerreichung zum letzten fortgeschriebenen SEP, im vergangenen November/ Dezember erfolgt sei. Da mit der neuen Fortschreibung nun begonnen worden sei und solch ein Prozess relativ lange dauere, möchte man mit folgender Präsentation (Anlage 3) den aktuellen Stand mitteilen.

Herr Brockhoff wirft für sein Verständnis die Zwischenfrage ein, dass es bei Auflistung der Schulformen eine IGS gäbe, an welcher Stelle die KGS zu finden seien?

Frau Funk antwortet, diese seien den einzelnen Schulformen direkt zugewiesen und fährt dann mit der Präsentation fort.

Vorsitzende Lefèvre, fragt am Ende der Präsentation, ob es noch Fragen von den Anwesenden gäbe.

Herr Braun bedankt sich für den Vortrag und möchte gerne den Punkt Übergang von den Grundschulen in die weiterführenden Schulen ansprechen. Dies stelle immer dann eine Herausforderung dar, wenn an die weiterführende Schule gegangen werden möchten, diese aber Kapazitätsprobleme habe. Während der dezentrale Schulstandort, gegen den man sich entscheide, möglicherweise Kapazitäten hätte und den damit unmittelbaren Auswirkungen auf den ÖPNV (Öffentlicher Personen Nachverkehr). Konkret an dem Beispiel des Johanneum-Gymnasiums mit der Sogwirkung auf die Westerwaldschule und die Johann-Heinrich-Alsted-Schule. Diese sei ein gutes Beispiel, da hier seines Wissens nach, die Zahlen deutlich in Bewegung seien. Welche Möglichkeiten habe man/ wolle man für die Zukunft als Schulträger dort? Zu beachten sei dabei auch der Elternwille gegenüber der tatsächlichen Kapazität des Gebäudes. Es sei dann die Notwendigkeit, zusammen mit dem Staatlichen Schulamt Strategien zu entwickeln um auch die dezentralen Schulstandorte zu stärken und gleichzeitig auch bei Elternwille gegen die Empfehlungen aus dem Grundschulbereich, auch von Qualität an den Gymnasien zu sprechen.

Erster Kreisbeigeordneter Esch möchte dies, mit dem Einverständnis der Vorsitzenden, gerne beantworten. Der Ansatzpunkt sei vollkommen logisch und richtig, er könne und dürfe aber an dieser Stelle noch nicht viel sagen. Wie Frau Funk eben berichtet habe, stehe man mit der Vorbereitung zur Fortschreibung des SEP in Gesprächen mit Schulen und dem Staatlichen

Schulamts. Man habe vor wenigen Wochen ein sehr ausführliches und umfassendes Gespräch mit dem Staatlichen Schulamt gehabt und habe die eigenen Vorstellungen unterbreitet, wie man dieses Problem, was Herr Braun angesprochen habe, lösen könne. Man wolle niemanden dazu zwingen an eine andere Schule, als die Wunschschule, zu gehen bzw. Kapazitätsbegrenzungen zu erstellen, die dies zur Folge hätten. Dies sei auch in Zustimmung des Staatlichen Schulamts. Der bessere Weg sei es, Angebote auszuweiten. Dies bedeute beispielweise dezentrale Schulstandorte selbst anzubieten. Dazu sei man gerade in Gesprächen, die man hier noch nicht näher erläutern könne. Es müsse hier noch mit Schulleitungen und mit Schulkonferenzen gesprochen werden. Das angesprochene Problem sei durchaus erkannt. Darüber berichten könne man aber erst, wenn alle Gespräche geführt worden seien. Man könne nur etwas kryptisch sagen, dass sich etwas tun werde. Die Schulentwicklung werde einen bestimmten Gang nehmen, es bliebe nicht alles beim Alten. Man habe bereits seitens des Kreisausschusses Beschlussfassungen getroffen, die beispielsweise daraufhin zielen würden, dass bei den Kaufmännischen Schulen mehr „Erzieher“-Klassen eingerichtet werden könnten. Dies sei zwar gegen eine Vereinbarung die in Vergangenheit einmal gemacht worden sei, aber man benötige eben dringend Erzieherinnen und Erzieher. Wenn diese an den Kaufmännischen Schulen ausgebildet werden könnten. Man habe dort Kapazitäten. Wenn die Auszubildenden kein Interesse daran hätten an eine andere Schule gehen zu wollen, dann wäre man derjenige der sagen müsste, dass die Ausbildung an der Kaufmännischen Schule erfolgen könne.

Man bräuchte die ausgebildeten Leute und man müsse sich angewöhnen auf deren Wünsche einzugehen. Dies sei zwar im Widerspruch, insbesondere der Gymnasien, man dürfe diesen niemanden wegnehmen, doch dies könne man inzwischen tun, denn diese plätzen „aus allen Nähten“ und seien immer mehr angefragt. Man habe dort dann das Problem, dass dies auch endlich sei, da beispielweise das Johanneum auch sage es wolle nicht unendlich wachsen. Es auch pädagogisch irgendwann unsinnig sei. Man habe dies bereits vor zwei, drei Jahren gemeinsam besprochen und wenn man das alles zusammenfasse, zeige dies, dass man das eigene Angebot verändern müsse, damit auch Eltern auf die Idee kämen den gleichen gewünschten Abschluss für Ihre Tochter, ihren Sohn mit kürzeren Schulwegen bekommen zu können.

Herr Braun bedankt sich dafür, dass die Problematik erkannt sei und sei gespannt was irgendwann aus den kryptischen Ausführungen werde.

Herr Engel lobt zunächst, dass dies sehr strukturiert und umfassend sei und wenn es gelänge dies mit den entsprechenden Inhalten zu füllen, dann sei dies eine gute Leistung. Er wolle allerdings den Fokus auf die Vorklassen lenken, denn da haben viele Vorklassen Schülerzahlen von 24 bis an die 30. Er glaube, dass dies unter den heutigen Bedingungen und den bekannten Problematiken nur sehr schwer darstellbar sei. Es wäre auf die kurzen Wege hingewiesen worden, dies sei gerade bei der Busproblematik auch für die Vorklassen zu beachten, denn diese seien in der Vergangenheit gerne in den Überlegungen untergegangen. Man solle hier ebenfalls einen Schwerpunkt setzen um auch hier der anstehenden Problematik gerecht werden zu können.

Erster Kreisbeigeordneter Esch hätte die Ergänzung, dass man im Vortrag von Frau Funk mitbekommen habe, dass man nach den gesetzlichen Regelungen innerhalb des Zeitraumes von fünf Jahren nach Genehmigung mit Datum zum 18. Juni 2023, den Entwurf der Fortschreibung vom SEP hätte vorlegen müssen. Die sei nach Absprache mit HKM, dem Staatlichen Schulamt Corona bedingt nicht nötig und auch nicht möglich gewesen. Man sei, nach Aussage des Staatlichen Schulamtes dennoch in einem guten zeitlichen Ablauf.